

## Warum wird die Krankenkasse so erheblich teurer?

Berlin.

**Freie Presse: Herr Lanz, nie zuvor haben die gesetzlichen Krankenkassen fast flächendeckend in einem solchen Ausmaß die Beiträge für die Versicherten erhöht. Wie kommt das?**

**Florian Lanz:** Die Ausgaben der Krankenkassen sind enorm gestiegen. Allein für den Krankenhausbereich erwarten wir im nächsten Jahr mindestens sieben Milliarden Euro Mehrausgaben. Ursachen sind steigende Kosten - für höhere Gehälter, für Energie und Material bis hin zu Leerstand. Denn gleichzeitig sind im Schnitt 20 bis 25 Prozent der Krankenhausbetten nicht belegt. Sie verursachen Vorhaltekosten und binden Personal, das dann woanders fehlt. Der zweite große Ausgabenblock sind die Arzneimittel. Wir haben es hier in diesem Jahr mit etwa fünf Milliarden Euro Mehrkosten zu tun.

**FP: Schlucken die Deutschen plötzlich so viele Pillen mehr?**

**Florian Lanz:** Das zentrale Problem sind die extremen Preissteigerungen für neue, patentgeschützte Medikamente. Vor ein paar Jahren waren Therapiekosten von einer Millionen Euro im Jahr noch fast undenkbar, heute gibt es zahlreiche solche Therapien. Zum anderen hat der Gesetzgeber den Herstellerabschlag, ungefähr vergleichbar mit einem Großkundenrabatt, für die gesetzlichen Kassen wieder abgesenkt. Allein das verursacht Mehrkosten von über einer Milliarde Euro im Jahr. Die Politik möchte die hiesige Pharmaindustrie und damit den Wirtschaftsstandort stärken. Das kann sie gern tun. Dann soll das aber aus Steuergeld bezahlt werden und nicht aus Beiträgen der gesetzlich Versicherten.

**FP: Macht denn das so einen großen Unterschied, wo doch 90 Prozent der Deutschen gesetzlich versichert sind?**

**Florian Lanz:** Oh ja. Wenn die gesetzliche Krankenversicherung etwas finanziert, dann wird das aus den Beiträgen von 59 Millionen Mitgliedern bezahlt - 16 Millionen Familienmitglieder sind beitragsfrei mitversichert - sowie von deren Arbeitgebern. Dabei zahlen Gutverdienende nur bis zur Beitragsbemessungsgrenze. Steuern dagegen finanzieren alle 84 Millionen Menschen in diesem Land gemeinsam über Einkommenssteuer, Gewerbesteuer, Mehr-

wertsteuer usw. Auch gibt es bei der Einkommenssteuer keine Obergrenze. Die Arzneimittel sind nur ein Beispiel dafür, wie politische Entscheidungen die Gesetzliche Krankenversicherung schwächen.

Und das geht nun schon seit Jahren so.

**FP: Woran denken Sie noch? An den gesetzlich verordneten Griff in die Rücklagen der Kassen?**

**Florian Lanz:** Politisch wurden immer neue Gesetze und Leistungen beschlossen, aber niemand hat sich Gedanken gemacht, wie das dauerhaft zu finanzieren ist. Mit der Einzahlung von Rücklagen der Kassen in den Gesundheitsfonds, der dann wieder Geld an diese verteilt hat, sah das scheinbar gut aus. Aber so etwas kann auf Dauer nicht gut gehen, und nun sind die Rücklagen aufgebraucht. Gleichzeitig zahlt der Bund nicht kostendeckend für die Gesundheitsausgaben von Bürgergeldbeziehern. Allein in diesem Jahr sind dadurch für die Kassen Mehrkosten von rund 10 Milliarden Euro entstanden. Und auch der Zuschuss für versicherungsfremde Leistungen - wie zum Beispiel die kostenfreie Krankenversicherung in der Elternzeit - ist zu gering. Es ist ungerecht, wenn für solche gesamtgesellschaftlichen Ausgaben allein die gesetzlich Versicherten und nicht alle Steuerzahler aufkommen müssen.

**FP: Die ersten Krankenkassen erhöhen nun im nächsten Jahr ihren Beitrag auf 19 Prozent vom Bruttoeinkommen. Das ist fast jeder fünfte verdiente Euro. Ist die Schmerzgrenze erreicht?**

**Florian Lanz:** Das ist eine Frage, die die Politik beantworten muss. Denn sie setzt die Rahmenbedingungen.

**FP: Was könnte oder sollte die künftige Bundesregierung tun?**

**Florian Lanz:** Kurzfristig sehen wir drei Punkte: Die vollständige Gegenfinanzierung der Gesundheitsausgaben für Bürgergeldbezieher. Die Senkung der Mehrwertsteuer auf Arzneimittel von 19 auf sieben Prozent, wie sie auch für Grundnahrungsmittel gilt. Ein Krebsmedikament sollte den gleichen Steuersatz haben wie Brot und Butter. Und drittens die Dynamisierung des Bundeszuschusses für den Gesundheitsfonds. Wir wollen hier eine feste Regelung wie zum Beispiel die Kopplung an die Inflationsrate, weg von politischen Alltag-

sentscheidungen. Das alles könnte eine neue Bundesregierung sofort entscheiden und würde schon ab 2026 spürbare Entlastungen für die Beitragszahler bringen.

**FP: Und langfristig?**

**Florian Lanz:** Wir brauchen Strukturreformen im Gesundheitswesen - angefangen beim Umbau der Krankenhausstrukturen. Mit einer Spezialisierung und Konzentration von Kliniken würden nicht nur die Qualität für Patienten steigen, sondern auch die Kosten sinken. Zudem muss die Reform der Notfallversorgung und des Rettungsdienstes kommen, wie sie nach dem Ampel-Aus nun leider nicht mehr verabschiedet werden kann. Wir wissen, dass viele Menschen nur in die Notaufnahme gehen, weil sie keinen Termin beim Arzt bekommen oder der nicht geöffnet hat. Für bestausgestattete Notfallhäuser sind die Kosten jedoch deutlich höher als in der Arztpraxis. Und auch ambulant kann man durch die Digitalisierung viel erreichen. Wir fordern zum Beispiel, dass Arzttermine online buchbar sind. Jetzt sind Medizinische Fachangestellte oft den ganzen Tag mit Terminvergaben beschäftigt.

**FP: Was halten Sie von Leistungskürzungen? Sollte zum Beispiel ein starker Raucher, der nach einer Lungenkrebs-OP weiter raucht, die nächste OP auch bezahlt bekommen?**

**Florian Lanz:** Leistungskürzungen sind für uns kein Thema. Einer der großen Grundwerte unseres Gesundheitssystems ist, dass wir keine Schuldfrage stellen. Ob jemand raucht oder nicht, Sport treibt oder nicht, sich gesund ernährt oder nicht, ist seine Privatangelegenheit. Wo wollte man da auch die Grenze ziehen? Ich beispielsweise wohne am Stadtrand von Berlin und fahre mit dem Rad ins Büro. Für die erste Hälfte der Strecke müsste ich einen Gesundheitsbonus bekommen, für die zweite aber einen Risikozuschlag, weil mir mindestens ein Autofahrer die Vorfahrt nimmt.

**FP: Und wie stehen Sie zu einer Fusionierung von Krankenkassen? Können wir uns angesichts der Finanzprobleme noch über 90 gesetzliche Kassen leisten, alle mit einer eigenen Verwaltung?**

**Florian Lanz:** Es gab in Deutschland mal Tausende Krankenkassen - zum Beispiel

mal überall Allgemeine Ortskrankenkasse. Die Verwaltungskosten bei den gesetzlichen Kassen sind pro Versicherten weniger als halb so hoch wie bei den privaten. Sie entstehen ja vor allem durch Betreuung und Service für die Mitglieder. Eine Vielzahl an Krankenkassen garantiert einen Wettbewerb, der sich positiv auf Bei-

trag, Service und Zusatzleistungen auswirkt. Rund 95 Prozent der Leistungen sind hingegen gleich.

Zur Person

Der 56-Jährige Florian Lanz ist Politikwissenschaftler und Sprecher des Spitzenverbandes der gesetzlichen Krankenkassen.

Seit 25 Jahren arbeitet er Gesundheitspolitik.

Der GKV-Spitzenverband ist die zentrale Interessenvertretung der gesetzlichen Kranken- und Pflegekassen in Deutschland.

<https://www.freipresse.de/ratgeber/gesundheit/warum-wird-die-krankenkasse-so-erheblich-teurer-artikel13641343>